

Schweiz

Mussolini bleibt Ehrendoktor der Universität Lausanne

Eine neue Mussolini-Biografie dokumentiert einmal mehr die Verbrechen des Duce. Trotzdem denkt die Uni Lausanne nicht daran, Mussolini den Ehrendoktor abzuerkennen, den sie ihm 1937 verliehen hat.

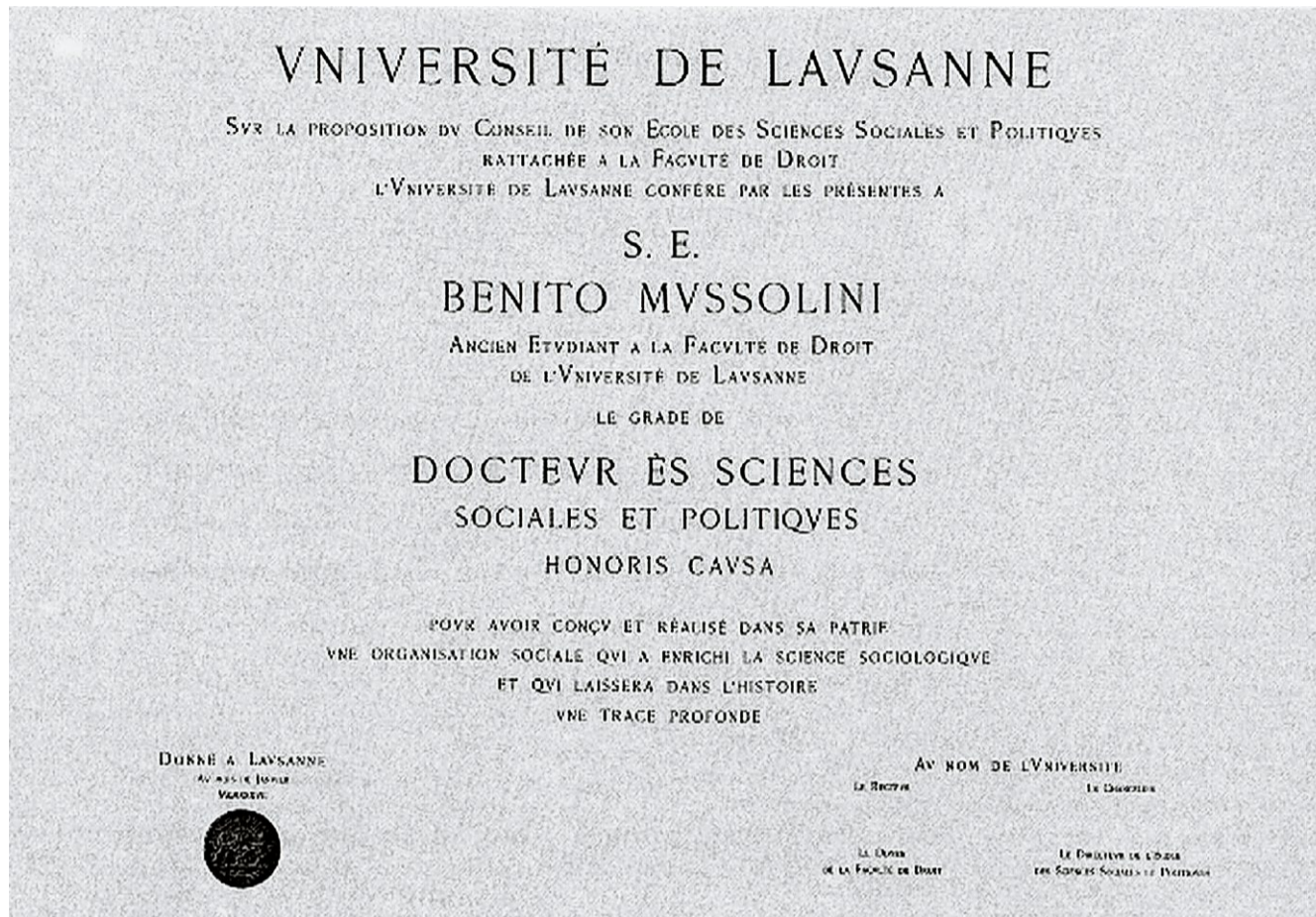
Daniel Foppa

Kaum war die Verleihung publik, hagelte es Proteste: «Das ist eine Schande, nicht nur für die Universität Lausanne, sondern für die ganze Schweiz», schreibt der Kunstmaler Ulrich-Wilhelm Zürcher aus Sigriswil am 2. April 1937 dem Rektor der Universität Lausanne. Und Emil Meier aus Wetzikon liess die Universitätsleitung am 4. März 1937 wissen: «Ganz unverständlich erscheint mir, wie noch vielen meiner Mitbürger, wie ein Rektorat einer Schweizer Hochschule einen Mann, der das Leben von mehreren Zehntausenden von Menschen (auch wenn es nur Abessinier waren) auf dem Gewissen hat, mit dem Titel eines Ehrendoktors schmücken kann.» Nachzulesen sind solche Briefe in einer Schrift, in der die Universität Lausanne 1987 alle Dokumente zur Verleihung herausgegeben hat. * Damit, so die offizielle Position der Universität, sei der Aufarbeitung Genüge getan. Eine Aberkennung der Ehrendoktorwürde stehe nicht zur Diskussion, heisst es auf Anfrage.

Mussolini hatte seine Karriere in Lausanne als Landstreicher begonnen. Der Dorfschullehrer aus der Emilia-Romagna traf 1902 in der Stadt am Genfersee ein, damals ein Zentrum italienischer Arbeiter. Zunächst schlief Mussolini unter Brücken, wurde dann Gewerkschaftssekretär, organisierte Versammlungen und verfasste Artikel für eine sozialistische Publikation. Als er 1903 seine Aktivitäten auf den Kanton Bern ausweiten wollte, wies ihn dieser ebenso aus wie ein Jahr später der Kanton Genf. Trotzdem immatrikulierte sich Mussolini noch im selben Jahr für sieben Monate am Institut für Sozial- und Politikwissenschaft der Universität Lausanne, bevor er nach Italien zurückkehrte.

Der Scheck des Duce

Die kurze Zeit an der Universität genügte dem Rektorat im Januar 1937, Mussolini das Ehrendoktorat zu verleihen. Treibende Kraft war Professor Pasquale Boninsegni, der wie Mussolini aus der Emilia-Romagna stammte und bei dem der Student Vorlesungen besuchte. Den Entscheid positiv beeinflusst haben dürfte auch eine Spende von 1000 Franken, die Mussolini der Universität 1936 für ihre 400-Jahr-Feier überwiesen hatte. Zum Zeitpunkt der Ehrung war Mussolini Ministerpräsident Italiens, hatte eine faschistische Diktatur errichtet und mit einem Angriffskrieg Abessinien unterworfen. Dem italienischen Regime fielen von 1935 bis 1941 zwischen 350 000 und 760 000 Abessinier zum Opfer. Dies alles hinderte die Universität nicht daran, Mussolini das Ehrendoktorat



Das Ehrendoktor-Diplom der Universität Lausanne für Benito Mussolini. Foto: Universität de Lausanne



Benito Mussolini
Italienischer Diktator

rat zu verleihen. Begründet wurde die Ehrung mit den Verdiensten des Duce zur «sozialen Erneuerung» Italiens. Mussolini habe, so der Rektor, «dem italienischen Volk das lebendige Gefühl eines spirituellen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts vermittelt». Sein Werk ermögliche es Italien, «die moralische und wirtschaftliche Krise zu meistern» und werde «in der Geschichte eine tiefe Spur hinterlassen».

Wie die unmittelbaren Reaktionen auf die Ehrung zeigen, liest sich diese Begründung nicht nur aus der historischen Distanz wie purer Hohn. Auch nach Mussolinis Tod 1945 wurde die Ehrung wiederholt kritisiert und eine Aberkennung posthum gefordert. Die Uni-

versität Lausanne wies solche Forderungen stets zurück und hat ihre Position bis heute nicht geändert. Auf Anfrage erklärt eine Sprecherin: «Das Rektorat hat sich in den 80er-Jahren mit der Kontroverse befasst und kam zum Schluss, dass man die Verleihung nicht zurücknehmen und die Geschichte neu schreiben kann.» Man habe sich für Transparenz entschieden und alle Dokumente zur Verleihung veröffentlicht. Dies solle helfen, den Entscheid von 1937 zu verstehen, «der heute schwer verständlich erscheint». Das heutige Rektorat halte an dieser Position fest - im Wissen, dass es dem Ruf der Universität schaden könne. «Aber als wissenschaftliche Einrichtung ist die Universität verpflichtet, einen solchen Fall transparent und im Kontext darzustellen, anstatt ihn zu verneinen oder verschwinden zu lassen.»

«Ein skandalöser Entscheid»

Kein Verständnis für die Haltung der Universität Lausanne hat der am Münchener Institut für Zeitgeschichte lehrende Mussolini-Biograf Hans Woller: «Mit ihrem skandalösen Entscheid spielt die Universität Lausanne Rechtsradikalen und Neofaschisten in die Hände.» Diese

könnten jederzeit sagen, wenn Mussolini tatsächlich so schlimm gewesen wäre, hätte ihm die renommierte Universität doch längstens den Ehrendoktor aberkannt.

«Mussolini hat in Libyen und Abessinien Kriege mit genozidalem Charakter geführt», sagt Woller, der vor kurzem eine Biografie mit dem Titel «Mussolini. Der erste Faschist» vorgelegt hat. Darin zeigt er auf, wie der Duce die totalitäre Massendiktatur erfand und zu Hitlers wichtigstem Verbündeten wurde. Gemäss Woller hat die Universität Lausanne bereits bei der Verleihung der Ehrendoktorwürde gewusst, dass Mussolini «ein gadenloser Diktator, ein Rassist und Antisemit» war. Für den Historiker ist klar: «Mussolini muss der Ehrendoktor aberkannt werden - das ist eine bare Selbstverständlichkeit.»

* Livre Blanc de l'Université de Lausanne sur le doctorat honoris causa de Benito Mussolini. Lausanne 1987.

QR-Code: [Urkunde Die Begründung der Uni Lausanne von 1937](#)

mussolini.tagesanzeiger.ch

Nachrichten

Öffentlichkeitsgesetz Mangelnde Transparenz in der Bundesverwaltung

Eine Auswertung von Fällen des eidgenössischen Datenschutzers zeigt: Das Nuklearsicherheitsinspektorat Ensi, das Bundesamt für Landwirtschaft und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben am meisten Probleme mit transparenter Information. Der Datenschützer piff sie bei mehreren Entscheiden zurück. Er befasst sich unter anderem mit strittigen Fällen, in denen die Verwaltung Privaten, Journalisten oder Interessenvertretern keinen Zugang zu amtlichen Dokumenten gewährt. Rund 200 Empfehlungen hat er zwischen 2006 und Ende 2015 abgegeben. Das Portal Öffentlichkeitsgesetz.ch und die «SonntagsZeitung» haben die Daten analysiert. (SDA)

Jungparteien I

Molina tritt als Präsident der Juso zurück

Fabian Molina tritt im Juni als Präsident der Juso Schweiz zurück. Für ihn ist es Zeit für eine Frau an der Spitze der Jungpartei. Der 25-jährige Zürcher gibt sein Amt nach knapp zweieinhalb Jahren auf. Zusammen mit Molina verlassen auch Vizepräsidentin Hanna Bay und Vizepräsidentin Françoise Clément die Geschäftsleitung der Juso. (SDA)

Jungparteien II

Silberschmidt präsidiert neu die Jungfreisinnigen

Der 22-jährige Andri Silberschmidt ist neuer Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Der bisherige Präsident der Zürcher Jungfreisinnigen tritt die Nachfolge des Luzerners Maurus Zeier an, der die Partei seit 2012 geführt hat. (SDA)

Armee

Offiziersgesellschaft mit neuem Präsidenten

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft hat einen neuen Präsidenten: den Oberst im Generalstab Stefan Holenstein. Der 54-Jährige ist Direktor des Automobil-Clubs der Schweiz (ACS). Die Delegierten der Offiziersgesellschaft wählten Holenstein am Samstag an ihrer Versammlung in Chur. Der Milizoffizier und Rechtsanwalt folgt auf Brigadier Denis Froidevaux, der das Präsidium nach vier Jahren abgibt. (SDA)

Wallis

Aufgefundener Tierkadaver ist tatsächlich ein Wolf

Das Tier, dessen Kadaver am Rhoneufer gefunden wurde, ist ein Wolf (TA vom Samstag). Er wurde illegal erschossen. Erst am letzten Mittwoch hatte der Ständerat die Jagd auf den Wolf abgelehnt. Es stehe fest, «dass der Wolf an den Folgen einer Schussverletzung gestorben ist», teilte die Walliser Staatskanzlei mit. Der Kadaver war am 7. März von einem Fischer gefunden worden. Die zuständige Walliser Dienststelle hat Strafanzeige gegen unbekannt eingereicht. (SDA)

Ein bisschen Frauenbonus für Petra Gössi

Die designierte FDP-Chefin Petra Gössi trat erstmals vor den freisinnigen Frauen auf. Differenzen behält man unter dem Deckel - vorerst.

Alan Cassidy
Basel

Wollte man belegen, wie sich die FDP in den vergangenen Jahren gewandelt hat, könnte man auf ihre ehemaligen und künftigen Präsidentinnen verweisen. Auf Christiane Langenberger, die erste Frau, die ab 2003 für eine kurze Zeit an der Spitze der Partei stand. Und auf Petra Gössi, die Mitte April konkurrenzlos zur Nachfolgerin von Philipp Müller gewählt werden dürfte. Langenberger war eine welsche Sozialliberale mit Hang zum Ektatismus, die ein Leben lang für die Mutterschaftsversicherung kämpfte - und den Freisinn von der SVP zu distanzieren versuchte. Gössi hingegen erzählt gern, wie eng sie als Kantonalpräsidentin der Schwyzer FDP mit der SVP zusammen-

arbeitet. Politisch steht die Finanzpolitikerin in ziemlich allen Fragen klar rechts von dem, was Langenberger vertrat. Rechts auch von so gut wie allen Positionen der freisinnigen Frauensektion.

Ausgerechnet vor den FDP-Frauen hatte Gössi am Samstag in Basel den ersten öffentlichen Auftritt vor eigenen Reihen, seit sie ihre Kandidatur für das FDP-Präsidium bekannt gegeben hatte. Viele in der Frauensektion zweifeln, dass Gössi ihre Positionen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu Frauenquoten oder zur Durchsetzung der Lohngleichheit teilt - zu Recht.

Zankapfel Gleichstellung

Doch über Differenzen sprach Gössi im Basler Campus der Novartis nicht. Lieber redete sie über die Anliegen, die sie mit den FDP-Frauen teile, und das seien «fast alle». Gössi sagte es einmal, zweimal, dreimal: «Ich definiere mich über die Ideen, die uns verbinden, nicht über jene, die uns trennen.» Die FDP-Frauen lobte sie für ihre «Kampfeslust», und sie verwies auf ihre Schwyzer Kantonalpartei, in der Frauen viele wichtige Äm-



Petra Gössi.

ter eingenommen hätten. Der Auftritt erzielte die gewünschte Wirkung. Kritische Fragen blieben aus, stattdessen gab es herzlichen Applaus. Vergessen schien die Mahnung von Claudine Esseiva, Generalsekretärin der FDP-Frauen, die vor ein paar Wochen über Gössi gesagt hatte: «Nur weil sie eine Frau ist, werden wir sie nicht per se unterstützen.» Dabei hätte es auch in Basel durchaus Anlass für Diskussionen gegeben: Das zeigt sich daran, dass sich die FDP-Frauen «grundsätzlich» für das neue Gleichstellungsgesetz aussprachen, mit dem Justizministerin Simonetta Sommaruga gegen Lohndiskriminierung vorgehen will. Ein Gesetz, das die Mutterpartei ablehnt.

Leider hätten alle bisherigen, freiwilligen Massnahmen nichts gebracht, hielten dagegen die FDP-Frauen fest. Noch immer bekämen Frauen bei gleicher Leistung deutlich weniger Lohn als Män-

ner. «Dieser Missstand ist eines liberalen Rechtsstaats unwürdig», findet die Frauensektion - und will deshalb weitergehende Schritte. Eine generelle Pflicht zur Lohnanalyse lehnt sie zwar ebenso ab wie die externen Kontrollen der Gehaltsbücher, die Sommaruga gern hätte. Unternehmen ab einer bestimmten Grösse sollten aber nach Ansicht der FDP-Frauen gezwungen werden, eine interne Analyse der Gehälter vorzunehmen und öffentlich zu machen. «Das ist eine moderate, wirtschaftsnahe Lösung», sagte Präsidentin Carmen Walker Späh.

Disput steht noch bevor

Gössi sieht das anders. Sie sei in dieser Frage ganz auf der Linie der FDP Schweiz. «Die Kosten von Lohnkontrollen sind zu hoch, der Aufwand für die Unternehmen viel zu gross.» Sie glaube auch nicht, dass die Massnahmen etwas bringen würden. Hinzu komme, dass die Wirtschaft grössere Probleme habe - vor weiterer Bürokratie müsse sie unbedingt entlastet werden. Unbestritten sei aber, dass Männer und Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten soll-

ten. Doch: «In der Pflicht stehen hier die Unternehmen.»

All dies sagte Gössi draussen, in einem Foyer des Novartis-Campus, während die FDP-Frauen drinnen im Saal bereits den Schlussworten von Nationalratspräsidentin Christa Markwalder lauschten. Der Disput zwischen Gössi und den freisinnigen Frauen: Er steht wohl erst noch bevor.

FDP Frauen Männlicher Zuwachs

Nachdem die FDP-Frauen am Samstag entschieden haben, auch Männer aufzunehmen, melden sich erste Interessenten. «Ich werde der erste Mann sein, der den FDP-Frauen beitrete», sagte FDP-Nationalrat Philippe Nantermod an der Generalversammlung der FDP-Frauen. Bereits zuvor hatte der Genfer FDP-Nationalrat Hugues Hiltbold der «NZZ am Sonntag» gesagt, er werde den FDP-Frauen beitreten, sobald dies möglich sei. Nantermod und Hiltbold gehören zu einer Reihe welscher Parlamentarier, welche die FDP-Frauen bereits in der Vergangenheit als Passivmitglieder unterstützt haben. (TA)